

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 23.01.2018
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Ort, Raum: Beratungsraum 2, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Dr. Cathleen Kiefert-Demuth SPD bis TOP 8

reguläre Mitglieder

Roland Schippmann	Träger der freien Jugendhilfe	
Jahn Osterloh	UFR	
Kay Nadolny	DIE LINKE.	
Steffen Ohm	DIE LINKE.	
Chris Günther	CDU	Vertretung für: Herrn Christopher Rein
Steffen Kästner	CDU	ab TOP 3
Martin Warning	SPD	
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Susanne Schreiber	Rostocker Bund/ Graue/ Auf- bruch 09	
Hanka Bobsin	Träger der freien Jugendhilfe	
Frank Lüttgerding	Träger der freien Jugendhilfe	
Katrin Schankin	Träger der freien Jugendhilfe	
Nico Stroech	Träger der freien Jugendhilfe	

Verwaltung

Liane Berkowitz	Finanzverwaltungsamt
Steffen Bockhahn	Senator für Jugend und Sozia- les, Gesundheit, Schule und Sport
Christian Busse	Finanzverwaltungsamt
Robert Pfeiffer	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Bianka Troszynski	- Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Regina - Finanzverwaltungsamt Westphal	

Gäste

Mitglieder AFW - You act
Mitglieder AWIRO
Mitglieder JAZ e. V.

Mitglieder Kita-Stadtelternerat
Mitglieder Partnerschaft f. Demokratie
Mitglieder PG 1
Mitglieder Soziale Bildung e. V.

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Christopher Rein	CDU	entschuldigt
Dr. Andrea Rittiger	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 05.12.2017
 - 3.2 Genehmigung der NS des UA JHPL vom 17.10.2017
 - 3.3 Genehmigung der NS des UA JHPL vom 21.11.2017
- 4 Geschäftliche Mitteilungen
- 5 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten
- 6 Soziale Bildung e. V. - Konzeptvorstellung
- 7 Berichte aus der Verwaltung
- 8 Neustrukturierung Amt 50 und Gremienbesetzung im Jugendhilfekontext
- 9 Anträge
 - 9.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion)
Berücksichtigung der Verpflichtung zur Übernahme des Elternbeitrages im Rahmen des Wunsch- und Wahlrechtes gemäß KifÖG M-V
Vorlage: 2018/AN/3358
- 10 Beschlussvorlagen
 - 10.1 Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2018/2019 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2017/BV/3338

- 10.2 Verfahren zur Umsetzung der Förderung der freien Jugendhilfe der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Bereich §§ 11 bis 14 und § 16 SGB VIII
Vorlage: 2018/BV/3368
- 10.3 Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055
- 10.3.1 Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (Vorsitzender der Fraktion der SPD)
Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055-01 (ÄÄ)
- 10.3.2 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion)
Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055-03 (ÄÄ)
- 10.3.3 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055-04 (ÄÄ)
- 11 Informationsvorlagen
- 11.1 Information über Investitionsmaßnahmen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2018 - 2027
Vorlage: 2017/IV/2947
- 12 Anfragen
- 13 Verschiedenes

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Dr. Kiefert-Demuth, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Die Sitzungunterlagen sind den Mitgliedern fristgerecht zugestellt worden. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Um 16:00 Uhr sind 13 Mitglieder anwesend.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Herr Knisch beantragt, den TOP 7 - Konzeptvorstellung Soziale Bildung e. V.- unter TOP 13 zu behandeln. Nach der Gegenrede durch Frau Dr. Kiefert-Demuth wird der Antrag von Herrn Knisch mehrheitlich abgelehnt (1 Befürwortung, 12 Gegenstimmen). Herr Nadolny beantragt, den TOP 11 - Neustrukturierung Amt 50 und Gremienbesetzung im Jugendhilfekontext - auf TOP 8 vorzuziehen. Der Antrag wird durch die Mitglieder mehrheitlich befürwortet (10 Befürwor-

tungen, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung. Die geänderte Tagesordnung wird durch die Mitglieder bestätigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften

TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 05.12.2017

Herr Kästner nimmt ab 16:10 Uhr an der Sitzung teil.

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen (13 Befürwortungen, 1 Enthaltung).

TOP 3.2 Genehmigung der NS des UA JHPL vom 17.10.2017

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder einstimmig beschlossen.

TOP 3.3 Genehmigung der NS des UA JHPL vom 21.11.2017

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder einstimmig beschlossen.

TOP 4 Geschäftliche Mitteilungen

Es liegen keine geschäftlichen Mitteilungen vor.

TOP 5 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten

Der Vorsitzende des UA JHPL, Herr Ohm, informiert über die im letzten UA behandelten Themen

- * Handlungsempfehlungen der PG 1
- * Operationalisierungsstand der Ziele der Jugendhilfe

TOP 6 Soziale Bildung e. V. - Konzeptvorstellung

Frau Lübcke und Herr Schulz stellen den Mitgliedern ausführlich das neu formulierte Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Schulsozialarbeit vor, das vor dem Hintergrund entstanden ist:

- Fachliche Weiterentwicklung im Rahmen des aktuellen Fachdiskurses
- Berücksichtigung neuer kommunaler Konzepte und Prozesse der Jugendhilfe
- Verstetigung und Erweiterung des Modellprojektes Streetwork Stadthafen - "Reclaim Your Streets" im Rahmen aufsuchender Arbeit/Streetwork
- Erweiterung der Personalstruktur um Koordinierungsstunden.

Die Mitglieder loben das Konzept und bedanken sich für die ausführliche Präsentation. Herr Knisch merkt an, dass hiermit noch keine Vorentscheidung getroffen wird, wer ab Sommer 2018 die mobile Streetworkarbeit abdeckt. Die Verwaltung appelliert an die Mitglieder, ihren Teil beizutragen, damit eine lückenlose Anschlussarbeit für das Projekt Reclaim Your Streets ermöglicht wird, gerade vor dem Hintergrund des großen Bedarfes. Die Verwaltung merkt an, dass der Träger Soziale Bildung e. V. als einziger seine Bereitschaft erklärte für die aufsuchende Arbeit im Stadtbereich Mitte, in dem ein überdurchschnittlicher Bedarf vorliegt (Vorkommnisse KTC etc.). Ein intensiver Diskussionsprozess müsse weiter geführt werden. Herr Arendt informiert, dass er dem in Toitenwinkel angesiedelten Projekt Come in (Bildungsträger FAW - Fortbildungsakademie der Wirtschaft) die Kontaktdaten für den Austausch und der trägerübergreifenden Arbeit mit dem SoBi e. V. zukommen lasse.

TOP 7 Berichte aus der Verwaltung

Die Verwaltung informiert über

- * die seit 01.01.2018 in Kraft getretene kleine KiföG-Novelle und deren Auswirkungen für die Stadt. Eltern, die ihren Kita-Vollzeitplatz selbst zahlen, werden mit 50 Euro entlastet. Für Eltern, die keinen Elternbeitrag zahlen können, trifft das nicht zu. Die Kommune wurde mit der Auszahlung beauftragt. Dieses ist ein großer Verwaltungsmehraufwand und wird vom Land nicht auskömmlich finanziert, sondern nur pauschal erstattet. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat als einzige Kommune im Rahmen der Konnexitätsverhandlungen der pauschalen Finanzierung des Mehraufwands nicht zugestimmt. Falls mit dem Land keine Einigung erzielt werden kann, wird die Stadt Klage einreichen, um so die Konnexitätskosten einzuklagen.
- * die nicht ausreichenden Inhalte der konzeptionellen Aufstellung des Kinder- und Jugendnotdienstes in Bezug auf neue bzw. sich ändernde Bedarfe. Der Prozess der Verbesserung des Ist-Zustandes ist auf dem Weg.
- * die durch das Verwaltungsgericht zugestellte Urteilsbegründung des Klageverfahrens der Tagespflegeperson. Klagepunkte sind das Abrechnungsverfahren der Entgelte und die für zu niedrig befundenen Entgelte. Die Klage bzgl. Abrechnungsverfahren der Entgelte wurde durch das Verwaltungsgericht abgewiesen. Bzgl. der zu niedrig befundenen Entgelte urteilte das Verwaltungsgericht, dass Sachkosten für Tagespflegepersonen ca. 300 Euro betragen müssen und Förderungsleistungen mindestens mit S und E 4 zu vergüten sind. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist in Berufung gegangen, diese ist zugelassen worden.
- * die Ausstände für umA. Diese belaufen sich nur noch auf ca. 200.000 Euro. 1,8 Mio Euro wurden nun bereits durch das Landesjugendamt an die Kommune überwiesen. 121 umA werden aktuell in der Stadt versorgt.

TOP 8 Neustrukturierung Amt 50 und Gremienbesetzung im Jugendhilfekontext

Die Verwaltung informiert ausführlich über die Gründe (unterschiedliche Arbeitsweisen und Rechtsanwendungen in den einzelnen Regionalbereichen), den Verlauf und derzeitigen Stand der Strukturumsetzung im Amt. Einige Mitglieder des Ausschusses äußern kritisch, bei dem Prozess außen vorgelassen zu sein. Erfahrungen und Erwartungen konnten so nicht mitgegeben werden. Es fehle die Transparenz und auch ein umfangreiches Organigramm, welches die konkreten Ansprechpartner für bestimmte Themen aufzeigt. Die Verwaltung bedankt sich für die kritischen Anmerkungen und informiert, dass schon frühzeitig über die angedachte Neustrukturierung informiert wurde. Ein Mitspracherecht des JHA ist nicht gegeben, da dieses Thema eine Frage der Organisationshoheit der Verwaltung ist. Den Mitgliedern werden ausführlich die neuen Verwaltungsabläufe erklärt. Ein erweitertes Organigramm mit Stand vom Februar 2018 mit der Untersetzung der einzelnen Sachgebiete wird den Mitgliedern zugehen.

Die Vorsitzende, Frau Dr. Kiefert-Demuth, übergibt die Sitzungsleitung an den 1. stellv. Vorsitzenden, Herrn Schippmann und verlässt um 17:45 Uhr die Sitzung.

Herr Ohm beantragt für die Mitglieder der PG 1 das Rederecht, welches durch die Mitglieder einstimmig befürwortet wird.

Frau Widuckel und Herr Pankalla drücken ihre Befürchtung aus, dass mit der neuen Struktur

der multiprofessionelle Blick verloren gehe, man einen Schritt zurückgehe. Sozialraumorientierung müsse breiter gedacht werden. Die Verwaltung bekennt sich klar für die weitere Betreuung der sozialräumlichen Arbeit über alle Rechtskreise hinaus und erläutert noch einmal die durch die neue Struktur ermöglichten effektiveren, vernetzten Arbeitsweisen innerhalb des Amtes. Diese sind notwendig, um gesetzlichen und fachlichen Änderungen folgen zu können.

TOP 9 Anträge

**TOP 9.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion)
Berücksichtigung der Verpflichtung zur Übernahme des Elternbeitrages im Rahmen des Wunsch- und Wahlrechtes gemäß KiFöG M-V
Vorlage: 2018/AN/3358**

Herr Kästner erläutert den Antrag. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich gegen den Antrag aus. Frau Schankin verdeutlicht, dass sich der Antrag im Grunde für die Benachteiligung von jetzt schon benachteiligten Kindern ausspricht. Sie kann die Stellungnahme des Kita-Stadtteilerrates sehr gut nachvollziehen. Die Verwaltung verdeutlicht, dass der Antrag den gesetzlichen Bestimmungen des SGB VIII und dem KiFöG M-V widerspricht und den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt. Es spiele keine Rolle, ob Eltern berufstätig sind oder nicht.

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen,

ob bei einer Übernahme des Elternbeitrages einschließlich der Verpflegungskosten nach § 21 Abs. 6 KiFöG M-V das Wunsch- und Wahlrecht der jeweiligen Eltern dahingehend eingeschränkt werden kann, als

- a. die günstigste, bedarfsdeckende Einrichtung mit freien Plätzen in Anspruch zu nehmen ist,
- b. Eltern, die den Elternbeitrag einschließlich der Verpflegungskosten vollständig aus eigenem Einkommen erbringen, hinsichtlich dem Wunsch- und Wahlrecht bezüglich der Einrichtung der Vorzug gegeben werden kann, sofern keine entscheidenden Gründe im Einzelfall für eine andere Berücksichtigung sprechen,
- c. eine ausdifferenzierte Staffelung in Bezug auf das Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich Einrichtungen in Relation zum nach § 21 Abs. 6 KiFöG M-V übernommenen Anteil vorgenommen werden kann, sofern keine entscheidenden Gründe im Einzelfall für eine andere Berücksichtigung sprechen.

2. Das Prüfergebnis ist der Bürgerschaft in der März-Sitzung 2018 vorzulegen.

Abstimmung:

Dafür:	2
Dagegen:	11
Enthaltungen:	-

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

TOP 10 Beschlussvorlagen

TOP 10.1 Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2018/2019 mit Haushaltsplan und Anlagen Vorlage: 2017/BV/3338

Frau Bobsin verlässt um 18:15 kurzzeitig die Sitzung.

Frau Günther beantragt die Vertagung, da aufgrund der Kurzfristigkeit noch keine intensive Themeneinarbeitung möglich sei. Herr Knisch verweist in seiner Gegenrede, dass der JHA sich nur mit dem SGB VIII-Bereich des Teilhaushaltes 50 befasse. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich gegen den Antrag von Frau Günther aus (3 Befürwortungen, 7 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen).

Frau Bobsin nimmt am Sitzungsverlauf wieder teil.

Die Verwaltung informiert ausführlich zur Haushaltsplanung in den Bereichen

1. Kindertagesbetreuung
2. SGB VIII - Jugendarbeit, Schul-/Jugendsozialarbeit, Förderung Erziehung in Familien
3. SGB VIII - HzE, Hilfen für junge Volljährige, Vorläufige Maßnahmen
4. SGB VIII - Eingliederungshilfen, Jugendgerichtshilfen
5. diverse, sonstige Produkte, Verwaltung, Personalgestellung.

Die Präsentation wird den Mitgliedern mit der Niederschrift zugehen.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Jahre 2018/2019 wird gemäß Anlage 1 mit Haushaltsplan und Anlagen (Band I bis III, Band V bis VIII) durch die Bürgerschaft beschlossen.

Abstimmung:

Dafür:	1
Dagegen:	6
Enthaltungen:	6

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

TOP 10.2 Verfahren zur Umsetzung der Förderung der freien Jugendhilfe der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Bereich §§ 11 bis 14 und § 16 SGB VIII Vorlage: 2018/BV/3368

Die Verwaltung führt in die Thematik ein. Die Verwaltung verweist auf die Transparenz im JHA, falls es mit Trägern einen Dissens gäbe.

Herr Osterloh wünscht sich für die Zukunft mehr Transparenz in der Nachvollziehung der Haushaltszahlen mit Blick auf die Haushaltssatzung, die Präsentation der Verwaltung und daraus abgeleitet dieser Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Verfahren zur Umsetzung der Förderung der freien Jugendhilfe der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Bereich §§ 11 bis 14 und § 16 SGB VIII für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 anzuwenden.

Abstimmung:

Dafür:	9
Dagegen:	-
Enthaltungen:	4

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

Um 19:00 Uhr lässt der 1. stellv. Vorsitzende die Fortführung der Sitzung abstimmen. 6 Mitglieder stimmen für eine Sitzungsfortführung, 5 Mitglieder stimmen dagegen, 2 Mitglieder enthalten sich.

Herr Warning verweist in diesem Zusammenhang auf den § 8, Punkt 5 der Geschäftsordnung des JHA: "Die Sitzungsdauer soll 3 Stunden nicht überschreiten. Die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder entscheidet über eine Fortführung der Sitzung über 3 Stunden." Dieses sei mit dem Abstimmungsergebnis nicht gegeben. Der 1. stellv. Vorsitzende beendet um 19:05 Uhr die Sitzung. Die nicht behandelten Vorlagen werden auf die nächste Sitzung verlagt.

**TOP 10.3 Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055**

**TOP 10.3.1 Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (Vorsitzender der Fraktion der SPD)
Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055-01 (ÄÄ)**

**TOP 10.3.2 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion)
Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055-03 (ÄÄ)**

**TOP 10.3.3 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verwendung der vom Land an die Hansestadt Rostock für das Jahr 2018 zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld
Vorlage: 2017/BV/3055-04 (ÄÄ)**

TOP 11 Informationsvorlagen

**TOP 11.1 Information über Investitionsmaßnahmen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2018 - 2027
Vorlage: 2017/IV/2947**

TOP 12 Anfragen

